

MIGRATION

Bundesregierung befürwortet Quoten-Plan der EU-Kommission

Brüssel will 40.000 Flüchtlinge auf die EU-Staaten verteilen, Deutschland bekommt 8.000. Großbritannien und osteuropäische Länder lehnen den Verteilungsschlüssel ab.

VON | 27. Mai 2015 - 17:54 Uhr

© Yannis Behrakis/Reuters



Syrische Flüchtlinge landen an der Küste der griechischen Insel Kos.

Die Bundesregierung hat mit Zustimmung auf die umstrittenen Pläne der EU-Kommission zur Umverteilung von 40.000 Flüchtlingen in der EU reagiert. Die Migrationsbeauftragte der Regierung, Staatsministerin Aydan Özoguz (SPD), sagte: "Deutschland ist bereit, hierbei seinen Anteil zu tragen." Nach einem Verteilungsschlüssel der Kommission würde auf die Bundesrepublik der höchste Anteil entfallen – insgesamt 8.763 Menschen würden demnach aus Italien und Griechenland aufgenommen, um die beiden Mittelmeeranrainer zu entlasten.

Özoguz sagte, zu einem funktionierenden Europa gehöre auch eine gemeinsame Flüchtlingspolitik, "in der die Lasten unter den Mitgliedstaaten fair verteilt werden". Sie fügte hinzu: "Ich würde mir wünschen, dass auch die anderen EU-Mitgliedstaaten ihrer Verantwortung gerecht werden."

Die Pläne zur Flüchtlingsverteilung über Quoten stoßen bei einer Reihe von Mitgliedstaaten auf Ablehnung, darunter insbesondere Großbritannien und eine Reihe osteuropäischer Länder. **"Verpflichtende Quoten und die Verteilung von Flüchtlingen gegen ihren Willen sind keine nachhaltige Lösung der aktuellen Krise", sagte der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka.**

Die zentralosteuropäischen Länder seien ohnehin nicht die Region, mit denen Menschen aus Afrika und den arabischen Ländern ihre Zukunft verbinden wollten. Zudem hätten diese Staaten bereits viele Menschen aus den früheren Sowjetrepubliken aufgenommen. Neben vielen osteuropäischen Ländern lehnen nach Angaben von EU-Diplomaten auch Spanien und Portugal ein Quotensystem ab. Die endgültige Haltung von Ländern wie Frankreich oder den Niederlanden ist bisher unklar. Eine Zustimmung im EU-Rat zu den Kommissionsvorschlägen ist damit fraglich.

Auch bei den Linken stießen die Pläne auf Ablehnung. Ihre innenpolitische Sprecherin Ulla Jelpke kritisierte, die Quotenregelung missachte die "Bedürfnisse, familiären Bindungen und Sprachkenntnisse der Schutzsuchenden". Dies erschwere eine Integration im aufnehmenden Land. "Asylsuchende sollten nicht gegen ihren Willen in einem bürokratischen und menschenfeindlichen Verfahren von einem EU-Land ins andere geschoben werden." Jelpke plädierte dafür, das Aufnahmesystem in der EU grundsätzlich zu ändern und die Schutzsuchenden über ihr Zufluchtsland entscheiden zu lassen. Dafür könne es finanziellen Ausgleich innerhalb der EU geben.

Kommission will Italien und Griechenland entlasten

Die Pläne der Kommission sehen vor, dass Italien und Griechenland in Kooperation mit Vertretern der EU-Staaten entscheiden sollen, welcher Flüchtling in welchen EU-Staat geschickt wird. Die Möglichkeit der Familienzusammenführung könne diese Entscheidung beeinflussen, heißt es. Die Mitgliedstaaten sollen jedoch auch Wünsche äußern können, wenn sie einen Bedarf an bestimmten Berufsgruppen haben. Auch dürften Mitgliedstaaten Flüchtlinge ablehnen, die ein Risiko für die eigene Gesellschaft darstellten.

Ziel der EU-Kommission sei es, mit der Umsiedlung von Flüchtlingen vor allem Italien und Griechenland zu entlasten, sagte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos. Insgesamt sollen in den kommenden zwei Jahren 40.000 Menschen, vor allem Schutzbedürftige aus Syrien und Eritrea, auf Basis eines Verteilungsschlüssels umgesiedelt werden. "Auch andere Länder können bei plötzlichen Migrantenströmen von dieser Notfallklausel Gebrauch machen", sagte Avramopoulos. Gleichzeitig soll gegen den Missbrauch von Asyl vorgegangen werden. Menschen ohne Schutzanspruch sollen demnach mit Unterstützung der EU-Grenzschutzagentur Frontex unmittelbar in die Herkunftsländer zurückgeschickt werden.

Der Umverteilungsschlüssel erfolgt den Angaben zufolge auf einer Grundlage von Kriterien wie dem Bruttoinlandsprodukt, der Bevölkerungszahl, der Arbeitslosenquote sowie der bisherigen Zahlen der Asylbewerber und der neu angesiedelten Flüchtlinge.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE, Reuters, KNA, AFP, jbw

ADRESSE: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-05/migration-agenda-fluechtlinge-europaeische-kommission>